

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888

12.4.1888 (No. 101)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 12. April.

№ 101.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gefaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

Ämtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 5. April 1888 gnädigst geruht, dem Seminardirektor Franz Kaver Lehmann in Karlsruhe den Titel „Hofrath“ zu verleihen und denselben auf sein unterthänigstes Ansuchen, unter Anerkennung der langjährigen und treu geleisteten Dienste, in den Ruhestand zu versetzen.

den Direktor der Realschule zu Konstanz, Professor Wilhelm Zengerle, zum Direktor des Lehrerseminars Karlsruhe II zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 5. April d. J. gnädigst geruht, die Bezirksforsterei Kork dem Oberförster Wilhelm Seidel in Rheinbischofsheim,

die Bezirksforsterei Rheinbischofsheim dem Forstpraktikanten Friedrich Thilo von Nedarogemünd und die Bezirksforsterei Langensteinbach dem Forstpraktikanten Wilhelm Menzer von Nedarogemünd, den beiden Letzteren unter Ernennung derselben zu landesherrlichen Oberförstern, zu übertragen.

Durch Entschliegung des Ministeriums des Innern vom 6. April d. J. wurde der Ingenieur 1. Klasse Franz Schähly in Karlsruhe der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues als ständiger Hilfsarbeiter zugetheilt.

Nichtämlicher Theil.

Karlsruhe, den 11. April.

Sehr sympathisch dürfte in Deutschland eine Rede beharren, welche der englische Premier gestern in einer konservativen Parteiversammlung zu Carnarvon hielt. Der Telegraph meldet uns über die Ansprache Folgendes: „Lord Salisbury hielt gestern in Carnarvon eine Rede, in welcher er auf den großen Verlust hinwies, den die deutsche Nation durch das Ableben des Kaisers Wilhelm erlitten hat, und die Herrschertugenden des verbliebenen Monarchen pries. Salisbury nannte den Kaiser Wilhelm einen treuen Freund Englands und sagte, gleiche Theilnahme wie der verstorbene Kaiser verdiente dessen Nachfolger, welcher, obgleich schwer erkrankt, seit seiner Thronbesteigung allen auf ihn gesetzten Hoffnungen und Erwartungen entsprochen habe. Man müsse Gott darum bitten, daß er das Leben des Kaisers erhalte, da dasselbe ein Unterpfeiler für den Fortschritt der Menschheit und für die Aufrechterhaltung des Friedens sei. Im Uebrigen wiederholte Lord Salisbury den Ausdruck seiner Ueberzeugung, daß alle Herrscher Europas sich auf das Eifrigste bemühten, etwaiges Unglück zu verhindern, das aus Konflikten, in welche die Umstände der Zeit ihre Völker hineinzuziehen könnten, entstehen dürfte. Gegenwärtig sei jeder Grund für die Hoffnung vorhanden, daß die Bemühungen gelingen würden.“

Während die französischen Kammern Ferien haben, tagen die Generalräthe. Mit der Politik haben die Generalräthe von rechtsnichts zu schaffen, man weiß aber, daß sie es nicht lassen können, auch in politische Angelegenheiten hineinzureden und der Regierung unerbetene Rathschläge zu ertheilen. In einer so lebhaft bewegten Zeit, wie es die gegenwärtige mit dem Anwachsen der boulangistischen Bewegung für Frankreich ist, ist dies natürlich ganz besonders der Fall. So haben die Generalräthe mehrerer Departements sich sofort nach ihrem Zusammentritte mit Fragen beschäftigt, die von dem Kreise ihrer Kompetenz weit abliegen. Die Boulangisten und Radikalen versuchen überall Kundgebungen der Gemeinderäthe zu Gunsten Boulangers, der Verfassungsrevision und der Kammerauflösung herbeizuführen, haben aber meistens kein Glück. Im Generalrath des Departements Vaucluse wurde der Antrag gestellt, „zu verlangen, daß Boulangier wieder auf seinen Posten gestellt werde, da er das Vertrauen des Heeres und der republikanischen Bevölkerung besitze und es eine patriotische That sein würde, ihn der Armee wiederzugeben angesichts der allgemeinen Lage, die ein unerwartetes Zerwürfniß mit dem Auslande herbeiführen könnte“. Der Antrag wurde jedoch durch die Stellung der Vorfrage verworfen. Ebenso beauftragte der Generalrath der Seine-et-Loire mittelst der Vorfrage einen Antrag bezüglich der Verfassungsrevision und der Wahl des Präsidenten der Republik durch allgemeine Volksabstimmung. Ferner lehnte der Generalrath der oberen Loire einen Antrag zu Gunsten der Kammerauflösung ab. Der Generalrath des Departements Creuse faßte einen Beschluß, der sich gegen die Boulangisten wendet; er beschloß, die Regierung zur Ueber-

wachung der Präudenten und Verschwörer, als da seien Bonapartisten, Orleanisten und Boulangisten, aufzufordern. Die Regierung braucht hoffentlich nicht erst durch die Generalräthe an ihre Pflicht gemahnt zu werden.

Deutschland.

Berlin, 10. April. Aus Charlottenburg wird mitgetheilt, daß Seine Majestät der Kaiser in der letzten Nacht im Ganzen gut, gegen Morgen aber etwas unruhig geschlafen habe und in Folge dessen sich heute ein wenig abgespannt fühle. Das örtliche Leiden ist im Ganzen unverändert. Heute Vormittag nahm der Kaiser mehrere Vorträge entgegen und arbeitete längere Zeit mit dem Chef des Militärkabinetts, General v. Albedyll. Das Mittagmahl nahmen die Majestäten mit den Prinzessinnen-Tochtern.

Ihre Majestät die Kaiserin Victoria verweilte nach Allerhöchster Rückkehr nach Berlin heute Abend im hiesigen Palais und hatte daselbst eine fast zweistündige Unterredung mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck.

Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin von Baden und Ihre Königliche Hoheit die Kronprinzessin von Schweden statten gestern Nachmittag bald nach 1 Uhr Seiner Majestät dem Kaiser im Schlosse zu Charlottenburg einen längeren Besuch ab.

Im Reichskanzlerpalais wird morgen der Geburtstag der Fürstin Bismarck gefeiert. Die Nachrichten, denen zufolge Fürst Bismarck beabsichtigt soll, auf kurze Zeit nach Paris zu reisen, haben sich bis jetzt nicht bestätigt.

Dem Bundesrathe ist ein Entwurf allgemeiner polizeilicher Bestimmungen über die Anlage von Zwergeisenbahnen zur Zustimmung mit dem Ansuchen unterbreitet worden, gleichzeitig die ebenfalls vorgelegten in dem Entwurfe erwähnten Bestimmungen über die Genehmigung, Untersuchung und Revision der Zwergeisenbahnen zu erlassen. Die „Berliner Politischen Nachr.“ bemerken darüber:

Unter Kleinwerke geht in letzter Zeit bekanntlich mehr und mehr dazu über, beim Betriebe sich der Dampfkraft zu bedienen, und ist dabei durch die Herstellung von beweglichen engbrüchigen Dampfmaschinen mit Kleinmotoren von geringer Pferdekraft, den sogenannten Zwergeisenbahnen, in einer feinen Interessen außerordentlich förderlichen Weise unterstützt worden. Obwohl diese Zwergeisenbahnen bei ihrem geringen Kesselinhalt und ihrer eigenthümlichen Bauart nicht in gleichem Maße, wie die Dampfmaschinen anderer Konstruktion, als sicherheitsgefährlich angesehen werden können, so unterliegen dieselben doch bisher, wie alle übrigen Dampfmaschinen, bezüglich ihrer Anlage den Vorschriften des § 24 der Gewerbeordnung und den allgemeinen polizeilichen Bestimmungen und bezüglich ihres Betriebes und ihrer Revision den landesrechtlichen Vorschriften. Die auf Grund dieser Bestimmungen an die Zwergeisenbahnen gestellten Anforderungen haben ihrerseits für das Kleinwerk und die Hausindustrie wünschenswerthen Verbreitung hinderlich im Wege gestanden. Der Stellvertreter des Reichskanzlers hat deshalb beim Bundesrathe einen Antrag eingebracht, wonach ohne Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen in den Anforderungen für die Anlage, das Genehmigungsverfahren und die Revision dieser Zwergeisenbahnen vorgenommen werden sollen, die geeignet sind, der Einbürgerung des Dampfbetriebes im Kleinwerk Vorbehalt zu leisten und deshalb für das letztere selbst die größte Bedeutung haben. Wir behalten uns vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen, und bemerken für heute nur, daß beim Bundesrathe beantragt ist, sowohl der Erlaß „Allgemeiner polizeilicher Bestimmungen über die Anlage von Zwergeisenbahnen“ als auch der Erlaß von „Bestimmungen über die Genehmigung, Untersuchung und Revision der Zwergeisenbahnen“.

Bei der Detailausarbeitung des Bauplanes für den Nordostkanal waren rüchlich der Verkehrs- und Wasserverhältnisse der Stadt Reudersburg Schwierigkeiten entstanden. Durch eine Aenderung in der Trace des Kanals sind dieselben bei der letzten Anwesenheit des Staatsministers v. Bötticher in Schleswig-Holstein behoben worden. Das erste Loos der Erdarbeiten am Kanal ist übrigens bereits verdungen.

Heute Nachmittag fand eine Sitzung des königlichen Staatsministeriums statt, in welcher, wie man glaubt, die Nothstandsverordnung für den Landtag zur Berathung und Feststellung gelangt sein dürfte.

Der Geschäftsumfang des Preussischen Staatsschuldbuches ist auch in dem mit dem 31. März ds. Js. abgelaufenen Geschäftsjahre erheblich gewachsen. 1550 Konten sind neu angelegt, 1140 Zuschreibungen auf bereits bestehende Konten, 129 Abschreibungen und 1398 sonstige Eintragungen erfolgt, 112 Konten gelöscht worden. Im Ganzen enthielt das Staatsschuldbuch am 31. März ds. Js. 5929 Konten mit einem Kapitalbetrage von 334 442 700 M., es hat im letzten Jahre eine Steigerung um 1438 Konten mit 127 800 550 M. stattgefunden. Der Durchschnitt pro Konto beträgt 56 408 M.

gegen früher 46 012 M. Von der gesammten Kontenzahl entfallen 34,2 Prozent auf ein Kapital bis zu 4000 M., 20,3 Prozent auf ein Kapital von über 4000 bis 10 000 M., 30,6 Prozent auf ein Kapital von über 10 000 bis 50 000 M., 7,3 Prozent auf ein Kapital von über 50 000 bis 100 000 M. — Für einzelne physische Personen waren am 31. März ds. Js. 3573 Konten eingetragen, für Handelsfirmen 21 Konten, für juristische Personen 914 und für Vermögensmassen ohne juristische Persönlichkeit 1415: 365 Konten waren für bedormundete und in Pflegschaft stehende Personen angelegt. Die Zinsen wurden in 3878 Fällen durch öffentliche Kassen, in 2877 durch die Post und in 597 durch Gutschrift auf Reichsbank-Girokonten bezahlt. Von den Konteninhabern entfallen 5362 auf Preußen, 501 auf die anderen Staaten Deutschlands, 14 auf England, je 8 auf Oesterreich und Frankreich, 5 auf Rußland, je 4 auf Belgien und die Schweiz; in Aften wohnen 5, in Afrika 2 und in Amerika 10 Buchgläubiger.

Breslau, 11. April. (Tel.) Behufs Annahme und Unterzeichnung einer an Seine Majestät den Kaiser zu richtenden Bittschrift, worin um Erhaltung des Reichskanzlers in seinen Aemtern gebeten wird, sind die Vorsitzenden des hiesigen Nationalliberalen Wahlvereins, des Neuen Wahlvereins und des Deutschkonservativen Wahlvereins zu einer Versammlung einberufen. Für morgen Abend ist der „Schlesischen Zeitung“ zufolge die Abhaltung einer Volksversammlung in Aussicht genommen.

SS Straßburg, 10. April. Die „Landeszeitung“ veröffentlicht in einem Extrablatt den Allerhöchsten Gnaden-erlaß für Elsaß-Lothringen. Derselbe schließt an den für Preußen bereits bekannt gegebenen Erlaß an; es fallen unter denselben Majestätsbeleidigungen und politische Vergehen verschiedener Art; ebenso sind alle kleineren Haft- und Geldstrafen erlassen; außerdem werden in die Begnadigung eingeschlossen alle die Verurtheilungen, welche ergangen sind auf Grund der französischen Gesetze über die cris séditionnaires und das Tragen aufrührerischer Abzeichen; nicht einbezogen sind dagegen die wegen Hoch- und Landesverrath Verurtheilten. Der Kreis der Begnadigten ist ein sehr großer und umfaßt mehrere tausend Personen, welchen heute bereits die Freiheit wiedergegeben ist. — Durch Kaiserliche Verordnung vom 25. Januar d. Js. ist ein Landwirtschaftsrath als sachmännlicher Beirath des Ministeriums in landwirthschaftlichen Angelegenheiten eingesetzt worden. Die Ernennung der Mitglieder ist soeben erfolgt; es sind alles Leute, welche als Gutsbesitzer im praktischen Leben stehen. Zum Präsidenten ist der frühere Reichstagsabgeordnete Baron Zorn v. Bulach berufen worden. Man verpicht sich von der Wirksamkeit des Landwirtschaftsraths, dem große Befugnisse eingeräumt sind, viel Ersprießliches.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. April. Im Reichsrath theilte Ministerpräsident Graf Taaffe heute die Zuschrift mit, in welcher der Dank des deutschen Reichstages an das Abgeordnetenhaus für dessen Beileidsbezeugung anlässlich des Ablebens des Kaisers Wilhelm ausgesprochen wird. Die Dankfugung ist durch den deutschen Botschafter an den Minister des Auswärtigen gelangt. — Auch im ungarischen Unterhause gelangte eine Zuschrift zur Berlesung, in welcher der Dank des deutschen Reichstages für die Beileidskundgebung des ungarischen Parlaments anlässlich des Todes des Kaisers Wilhelm zum Ausdruck gebracht wird. — Die politischen Behörden wurden davon verständigt, daß Seine Kaiserliche Hoheit Kronprinz Rudolf in seiner Eigenschaft als General-Inspektor der Infanterie die gesammte Infanterie- und Jägertruppe inspizieren und zu diesem Behufe die gesammte Monarchie bereisen wird. Der Kronprinz hat jeden etwa beabsichtigten festlichen Empfang anlässlich dieser Reise sowie jedes Ansuchen um eine Theilnahme an Festlichkeiten aus militärischen Rücksichten im Voraus dankend abgelehnt.

Anlässlich des heutigen Wiederbeginnes der Reichsrathsarbeiten schreibt das „Fremdenblatt“: Das wieder zusammentretende Abgeordnetenhaus findet ein reichhaltiges Arbeitsprogramm vor, fast zu groß für die Zeit, welche seiner Thätigkeit zugemessen ist. Die für die zweite Hälfte des nächsten Monats in Aussicht genommene Berufung der Delegationen setzt den Verhandlungen der Reichsvertretung eine zeitliche Schranke. Wohl wäre bei anderen Gebräuchen und parlamentarischen Gepflogenheiten eine Dauer von einigen Wochen vollständig zur Bewältigung der wichtigsten legislativischen Aufgaben ausreichend. Das Budget, das in vielen anderen, auf ihren Parlamentarismus eiferfüchtigen Ländern kaum einige Stunden in Anspruch nimmt, konsumirt jedoch bei uns nach einer alten Sitte oder Ussitte, in der Regel eben so viele Wochen, selbst wenn die Budgetposten keine wesentlichen Abweichungen von den früheren

Voranschlägen aufweisen, selbst wenn keine neuen Einrichtungen oder neuen Investitionen der Beschlussfassung der Vertretung unterbreitet werden. Die Diskussionen des Budgetausschusses sind bei uns vollständige parlamentarische Debatten, und auch die Mitglieder der Regierung erheben in denselben ihre Auffassungen. Da der Verlauf der Sitzungen überdies der Öffentlichkeit übergeben wird, so sollte man meinen, diese „Generalprobe“ werde die offizielle Budgetdebatte wesentlich vereinfachen, zumal es ja dieselben Redner sind, welche zuerst in den Klubs und sodann im Budgetausschuss das Wort geführt haben und denen dann noch die Aufgabe zufällt, im vollen Hause zu sprechen. So wird denn auch die diesjährige Budgetdebatte zweifellos einen großen Theil der Arbeitszeit des Hauses aufzehren, und wir werden nochmals zu hören bekommen, was in den Klubs und insbesondere im Budgetausschuss mit kaum zu überbietender Gründlichkeit verhandelt wurde. Indessen muß man sich mit dieser Eigenhämlichkeit unseres Parlamentarismus abfinden, da man sie eben nicht ändern kann, und es handelt sich diesmal nur um die Frage, wie das Haus seine Budgetdebatte im Hinblick auf die anderen Vorlagen einrichten wird, welche ihrer Erledigung harren und unter welchen jene über die Besteuerung der Spiritusproduktion eine für die Staatsfinanzen ganz hervorragende Bedeutung behauptet. Uebrigens soll auch der Schulantrag des Prinzen Liechtenstein noch vor dem Schlusse der Session zur ersten Lesung gelangen, welche nach den jüngsten Gewohnheiten des Hauses auch zu einer ganz umfangreichen Debatte ausarten kann. Das sachliche und politische Interesse ist in diesem Augenblicke dem Gesetze über die Besteuerung des Spiritus zugewendet, und zwar deshalb, weil man über dessen Schicksal noch keine volle Sicherheit erlangt hat. Ein jedes neue Besteuerungssystem hat gewisse Störungen in bestehenden Gewerbsverhältnissen zur Folge, welche diejenigen empfindlich treffen können, welche von der Umgestaltung ererbt werden. Das von allen Parteien des Hauses stets hochgehaltene Streben, dem Defizite in Staatshaushalte beizukommen, mußte zu einer Steigerung der Staatseinnahmen führen, und in der letzten Konsequenz auch zu jener Spiritussteuer, welche namentlich in Galizien stark angefochten wird. Es kann nicht bestritten werden, daß gerade Galizien die Rückwirkungen der neuen Steuer in hohem Maße zu empfinden haben wird. Hoffentlich wird es gelingen, einen Ausweg zu entdecken. Konflikte zwischen den unabwiesbaren Staatsbedürfnissen und den Interessen der einzelnen Steuerkontribuenten sind nicht neu und der erst vor kurzem abgeschlossene Petroleumkampf bietet ja das Beispiel eines solchen, das noch lebhaft in der Erinnerung steht. Der dermalige Sessionsabschluss kann demnach von großer Wichtigkeit werden und wir wünschen nur, daß er statt etwa mit neuen Krisen, mit einem erfolgreichen Schritte zur Gesundung der Staatsfinanzen abschliesse.

Schweiz.

Bern, 11. April. (Tel.) Der Bundesrath ernannte zum Bundesanwalt in der Klage gegen den Verfasser, den Herausgeber und Verbreiter des Basler Fastnachtssphamphelets den Regierungsrath Zutt in Basel.

Italien.

Rom, 10. April. In der Kammer interpellirte Bonghi (Rechte) und Derenzis (Zentrum) über die afrikanische Politik. Ministerpräsident Crispi erklärte, er werde den 24. April antworten. — Der Gemeinderath von Sampierdarena hat in seiner Sitzung vom 26. v. M. beschloffen, eine Gedenktafel aus Marmor in der dortigen Eisenbahnstation anzubringen, um die Zusammenkunft des Deutschen Kaisers und des Königs Humbert am 10. März 1888 zu verewigen.

Frankreich.

Paris, 10. April. Der deutsche Botschafter, Graf Münster, besuchte heute Vormittag den Minister des Aeusern, Goblet, und reiste Abends nach Hannover ab. — Der Ministerrath beschloß, wegen Veröffentlichung des (gestern besprochenen) Depeschenwechsels zwischen Boulanger und dem Grafen Dillon im „Matin“ gerichtliche Untersuchungen einleiten zu lassen. Mehrere Blätter protestiren gegen die Veröffentlichung der Depeschen. Auch der „Temps“ findet den Vorgang unregelmäßig, bemerkt jedoch, derselbe helle das politische Verhalten Boulangers auf. — Ferner beschloß der Ministerrath, an Stelle des Polizeipräsidenten Levaillant den früheren Polizeipräsidenten Gragnon zum Direktor der allgemeinen Sicherheit zu ernennen. Gragnon, der zur Zeit des Wilson-Prozesses zur Disposition gestellt wurde, weil während seiner Amtshaltigkeit zwei Briefe Wilson's aus den gerichtlichen Akten verschwanden, ist somit wieder in den Dienst zurückgetreten. Eine ungetheilte beifällige Aufnahme dürfte diese Ernennung in Frankreich schwerlich finden.

Spanien.

Madrid, 10. April. Ihre Majestät die Königin-Regentin empfing gestern den Abgeordneten des Deutschen Kaisers Fürsten Radziwill in feierlicher Audienz.

Großbritannien.

London, 10. April. In der Zuckerkonferenz wurde heute Baron Worms zum Präsidenten und Graf Ruffstein zum Vizepräsidenten gewählt. Die Konferenz prüfte die Mittheilungen der Regierungen bezüglich des Protokolls vom 19. Dezember 1887, wonach sämtliche Regierungen im Prinzip die Abschaffung der Zuckerpriämien annehmen. Die Konferenz vertagte sich sodann, um die einzelnen Maßnahmen zu erwägen, die geeignet scheinen, die Beschlüsse in Wirksamkeit treten zu lassen. — Im Unterhause theilte heute der Sprecher mit, er habe durch Lord Salisbury eine Mittheilung des deutschen Botschafters erhalten, wonach sich der deutsche Reichstag am 19. März einstimmig dahin ausgesprochen habe, daß der Ausdruck der Verehrung des Unterhauses anlässlich des Dahinscheidens des Kaisers Wilhelm und die Theilnahme Englands an der Trauer des deutschen Volkes überall in Deutschland lebhafteste Sympathie hervorgerufen und den Beweis freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Völkern geliefert habe. Die Erklärung wurde mit lebhaftem Beifall zur Kenntniß genommen. Das Unterhaus nahm ferner sämtliche Budgetanträge an. Im Verlaufe der Debatte erklärte sich der Schatzkanzler Goschen bereit, jede Idee zu einem besseren Modus der

Besteuerung fremder Sicherheiten zu prüfen, obgleich er glaube, den besten Modus gewählt zu haben; er werde die Radsteuer und Wagensteuer womöglich reduzieren. — Für die von der Wasserenth in Norddeutschland Betroffenen empfang der Lordmayor gestern 2000 M. von dem Prinzen von Wales. Die Gabe war begleitet von einem Schreiben, in welchem der Prinz seine Befriedigung über die Bildung des Hilfsfonds ausdrückt. 6000 M. wurden von Rothschild und 10000 M. von der Firma Schröder gespendet.

— Ueber die Unruhen vom vorigen Sonntag liegt folgender ausführlicher Bericht vor: Die in sechs verschiedenen Distrikten der Grafschaften Galway, Clare, Cork und Wexford ungescheit des Verbotes der Regierung abgehaltenen Nationalliga-Meetings als Protest gegen die Behauptung des irischen Generalkommandanten Balfour, daß die Nationalliga im Absterben begriffen sei, sind, wie vorausgesehen worden, nicht ohne Krawalle und Zusammenstöße zwischen dem Volke und der bewaffneten Macht verlaufen. In Loughrea, wo Tags vorher der Hauptorganisator der geplanten Kundgebung, Stadtrath Sweeney, verhaftet worden war, versuchten 4000 Personen unter der Führung William O'Brien's die Versammlung auf einem außerhalb der Stadt gelegenen Felde abzuhalten, dessen Zugänge von einer Compagnie Infanterie, 200 Mann Husaren und einer Abtheilung Genarmen besetzt waren. Da O'Brien der wiederholten Aufforderung die Truppen begleitenden Polizeirichters, von der Abhaltung des Meetings Abstand zu nehmen, nicht Folge leistete, wurde das Feld durch Schugleute gesäubert. Das Volk bombardirte die Polizei mit Steinen, welche alsdann von ihren Knütteln ausgehoben Gebrauch machte, so daß es auf beiden Seiten zahlreiche Verwundete gab. Häute nicht ein anwesender Priester schließlic das Volk ermahnt, der Uebermacht zu weichen, wäre es unbedingt zu Blutvergießen gekommen. Die Husaren folgten der nach der Stadt zurückweichenden Volksmenge und trieben sie in den Straßen zu Paaren. Gleichwohl gelang es O'Brien später in einer Halle ein Meeting abzuhalten, welches, als die Polizei Bind davon erhielt und sich an Ort und Stelle begab, bereits vorüber war. Gegen Abend war in Loughrea die Ruhe wieder hergestellt, doch patrouillirten Polizeimannschaften bis in die späte Nacht hinein in den Straßen. Ähnliche Szenen spielten sich ab in Kilrush, sowie in Ennis, wo Michael Davitt und der Abgeordnete John O'Connor die Führer des Volkes waren. Die etwa 3000 Personen zählende Volksmenge wich nicht von der Stelle, als schon die Anführer verließen war und die Truppen die Bajonette auf die Gewehre steckten, um zum Angriff zu schreiten. Der Verweigerung der anwesenden Priester gelang es schließlich, die Demonstration zum Auseinandergehen zu bewegen, und der Tag verlief ohne Aufstörung. In Kilrush kam es dagegen zu einem sehr ernstlichen Zusammenstoß zwischen Volk und Militär, wobei viele Personen durch Säbelhiebe und Bajonetstiche verwundet wurden. In Macroom (Cork) wurde die geplante Kundgebung unter Leitung des Abgeordneten Dr. Tinner außerhalb der Stadt in früher Morgenstunden abgehalten. Die das Meeting verbietende Proklamation des Vizekönigs wurde verbrannt und eine Resolution angenommen, welche erklärte, daß die Zweige der Nationalliga nicht unterdrückt seien. In Kanturk wurde das geplante Meeting durch Einschreiten der bewaffneten Macht ebenfalls vereitelt; doch gelang es den Abgeordneten Sealy und Flynn später auf einem abgelegenen Felde, unbemerkt von der Polizei, ein Meeting abzuhalten.

Bulgarien.

Sofia, 10. April. Der Austausch der ratifizirten serbisch-bulgarischen Eisenbahn-Konvention hat gestern stattgefunden.

Amerika.

Ottawa, 7. April. Nach fünfzehntägiger Berathung ist im kanadischen Hause der Gemeinen heute früh der Antrag Sir R. Cartwright's zu Gunsten einer unbeschränkten Handelsgegenseitigkeit zwischen Canada und den Vereinigten Staaten, die, wie hervorgehoben wurde, Repressalien gegen englische Fabrikanten zur Folge haben würde, mit 124 gegen 67 Stimmen verworfen worden.

— Aus der Havana wird der „Nordd. Allg. Ztg.“ berichtet: „Sobald hieselbst die Nachricht von dem Ableben Sr. Majestät des Kaisers und Königs bekannt geworden war, ordneten sämtliche Konsuln an, daß die Flaggen ihrer Konsulate während der Dauer von drei Tagen auf Halbmast gesetzt werden sollten. Die Verehrung und Liebe, welche auch die seit langen Jahren fern von der Heimath lebenden Deutschen der Allerhöchsten Person Sr. Majestät des Kaisers bewahren, gaben sich zahlreich und in spontaner Weise kund. Eine auf Wunsch verschiedener Deutschen auf dem hiesigen Kaiserlichen Konsulate aufgelegte Beileidsliste füllte sich rasch mit Unterschriften. Mit der Anlegung äußerer Abzeichen der Trauer machten die hiesigen Mitglieder der Kolonie sogleich den Anfang, welche dem Militärverband angehört hatten oder noch zugetheilt sind. Das Gebäude des Deutschen Klubs war während der Dauer von drei Tagen in der dem hiesigen Ortsgebrauch entsprechenden Weise mit Trauerbehängen geschmückt. Eine zahlreiche Abordnung der Kolonie begab sich schon am Tage nach Eintreffen der Trauerbotschaft mit der Bitte nach dem Konsulate, den Ausdruck der unter den Deutschen Havanna's herrschenden Gefühle durch Absendung eines Telegrammes zur Kenntniß Seiner Durchlaucht des Fürsten Bismarck zu bringen, um denselben, wenn möglich, durch denselben Vermittlung den Allerhöchsten und Höhen Mitgliedern des Kaiserlichen Hauses zu Füßen legen zu dürfen. Diefem Wunsche der hiesigen Deutschen wurde auch durch Absendung eines Telegrammes entsprochen. Die deutsche Kolonie begt ferner den Wunsch, sich in einem Trauergottesdienste, welcher zur Feier des Gedächtnisses weiland Sr. Majestät des Kaisers und Königs abgehalten werden soll, zu vereinigen. Es liegt die Absicht vor, daß diese Trauervereinigung hier etwa zur selben Stunde stattfinden soll, zu welcher die sterblichen Ueberreste Sr. Majestät in der Heimath zur Erde begeben werden. Diese Kundgebungen der Trauer unserer Kolonie wurden ergänzt durch zahlreiche Beweise inniger Theilnahme seitens der hiesigen angesehenen spanischen und kubanischen Gesellschaft, indem die betreffenden Persönlichkeiten entweder auf dem Kaiserlichen Konsulate Trauerbesuche erstatteten oder Kondolenzkarten übersandten.“

Zeitungsstimmen.

Zu der Angelegenheit des angeblichen Rücktritts des Fürsten Bismarck schreibt die „Nationalliberale Korresp.“: „Nicht nur in Deutschland, sondern auch in einem großen Theil des Auslandes würde man es als eine wahre Erleichterung in schweren Sorgen empfinden, wenn die Gefahr endgiltig beseitigt

ist, es könnte zu einer Reichskanzlerkrise kommen. Wir wollen nicht untersuchen, ob diese Gefahr nicht unnötiger Weise dringlicher dargestellt worden, als sie in der That bestand. Wir wollen uns freuen, daß die Verhältnisse eine Wendung genommen haben, welche allem Anscheine nach dem leitenden Staatsmanne das Verbleiben im Amte ermöglicht. Im Grunde hat wohl auch vom ersten Auftreten der Krisengerichte an Niemand daran gezweifelt, daß eine befriedigende Lösung eintreten werde und müsse. Bei der Loyalität und dem Patriotismus des Fürsten Bismarck ist es selbstverständlich, daß er nur Forderungen erhebt, die er um der wichtigsten Staatsinteressen willen für unerlässlich hält, und bei der hohen Weisheit des Kaisers ist es ebenso selbstverständlich, daß er den Ansichten und Bedenken des bewährten Rathgebers die wohlwollendste und gerechteste Prüfung zu Theil werden läßt. Darum dürfte man von vornherein der Zuversicht sein, daß es gelingen werde, vorübergehend aufgetauchte Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten aus dem Weg zu räumen, daß den großen vaterländischen Interessen auch Personswünsche und Neigungen häuslicher Art untergeordnet würden. In fortschrittlichen Blättern lesen wir gegenwärtig viel von einem „Ausspielen des Kanzlers gegen den Kaiser“. Wir weisen dies Schlagwort mit aller Entschiedenheit zurück. In dem monarchischen Deutschland ist ein solches Verhältnis nicht denkbar und am allerwenigsten würde es dem lokalen Sinn des Fürsten Bismarck entsprechen. Sollten jemals Umstände eintreten, unter denen der Reichskanzler glaubt, das Vertrauen seines Kaiserlichen Herrn nicht mehr in dem genügenden Maße zu besitzen, oder sollten in der That jemals über politische Grundfragen unlösliche Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Monarchen und seinem ersten Rathgeber sich erheben, so bliebe freilich nichts übrig, als der Entschluß, den der Reichskanzler wiederholt in ähnlichen Lagen gefaßt hat, der Entschluß, sich vom Amt zurückzuziehen. Es ist bisher aber immer gelungen, solche vorübergehend aufgetauchte Differenzen aus dem Wege zu räumen, und nichts nöthigt zu der Befürchtung, daß jetzt oder in naher Zukunft die Dinge eine ungünstigere Wendung nehmen könnten. Die Zeiten sind zu ernst, als daß Deutschland gegenwärtig der Kraft seines großen Staatsmannes entbehren könnte, der wie kein anderer die Gefahren abzuwehren im Stande ist, die dem Frieden Europas und Deutschlands drohen. Das wird Niemand besser zu würdigen vermögen, als Kaiser Friedrich, und daraus hat von Anfang an die Welt die Zuversicht geschöpft, es könne ernstlich nicht in Frage kommen, daß Fürst Bismarck die Leitung der deutschen Politik niederlegt. Der Kaiser und die deutsche Nation können die Dienste dieses Mannes noch nicht missen.“

Die in München erscheinenden „Neuesten Nachrichten“ hoffen, daß das Wort „Niemand“, welches Kaiser Wilhelm an den Rand des Abschiedsgesuches schrieb, das der Kanzler 1876 einreichte, zu Recht bestehn für immer, und hebt hervor: „Ein Rücktritt des Fürsten Bismarck wäre ein Unglück für unser Volk für Europa. Wenn einß das unererbliche Geschick den Lebensfaden des großen Mannes durchschneidet, muß Deutschland und die Welt sehen, wie es sich ohne ihn einrichtet. So lange er aber lebt, widme er seine Kräfte dem Vaterlande!“

Die „Frankfurter Zeitung“ würdigt die Situation in folgender Weise: „Fürst Bismarck hat vor dem Kaiser, vor der deutschen Nation und vor der Welt seiner Stellung und persönlichen Bedeutung nach die volle Verantwortlichkeit für die äußere Politik zu tragen, er kann kein Partikeln davon auf eine andere Stelle abwälzen, denn diese Politik gilt im Ganzen und in allen Einzelheiten als sein Werk. Sobald er hier seine Pflicht durch irgend einen Entschluß gelöst sieht, den er nicht billigen kann, muß er die Verantwortlichkeit für die Folgen desselben von sich weisen, und dafür gibt es in dem Verhältnis des Dieners zum Herrscher sowohl wie auch in der konstitutionellen Sphäre des Verfassungsstaates keine andere Form als die des Rücktritts. Auf die Art des Anlasses kommt es dabei nicht an; das „Glas Wasser“ kann dabei eine gleiche Rolle spielen wie die wichtigste politische Frage, denn, wie gesagt, soweit nicht wir trotz aller Fortschritte noch nicht gekommen, daß die Verbindung zwischen dynastischen und nationalen Interessen, die der Welt schon so theuer zu stehen gekommen ist, ihre vollständige Lösung gefunden hat.“

Die „Post“ bringt folgende Notiz: „Ein kerniges Wort vernimmt man wieder einmal aus Süddeutschland. Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ bezieht es als eine unerfreuliche Erscheinung, wie die Dispositionsbresse Nachrichten über die Kanzlerkrise in gehässiger und giftiger Weise fruktifizirt. Selbstsam sei es, daß dort monarchische Ideen nur aufzutreten, wenn man bekannte Hegereien treiben wolle. Von diesem Standpunkte aus, der von Berliner Blättern eingenommen werde, könnte man alle hervorragenden Leute nicht schnell genug entfernen.“

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 11. April. 40. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Lamey.

Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. Turban, Finanzminister Dr. Ellstätter, Geh. Referendar Zittel.

Das Sekretariat zeigt die neuen Einkünfte an.

Der Präsident gibt bekannt, daß die Abgg. Wassermann und Warbe wegen Unwohlseins um Urlaub nachgesucht haben; derselbe wird bewilligt.

Abg. Friederich erstattet namens der Abtheilungen über die zufolge des Ablebens des Abg. Burg im Stadtbezirk Offenburg stattgehabe Ersatzwahl, aus welcher Oberingenieur Albert Scholl daselbst als Gewählter hervorging, Bericht und stellt den Antrag, die Wahl für unbehandelt zu erklären. Der Antrag findet einstimmige Annahme und wird das neu eingetretene Mitglied Scholl durch den Präsidenten in Gemäßheit § 69 der Verfassungsurkunde vereidigt.

Staatsminister Dr. Turban übergibt unter Verlesung des Allerhöchsten Kommissionsbeschlusses die Entwürfe eines Beamtengesetzes, eines Nachtraggesetzes zum Statutgesetz vom 22. Mai 1882 und einer Gehaltsordnung.

Der Präsident bestimmt, daß über die geschäftliche Behandlung dieser Vorlagen weiter Befehl gefaßt werden soll, sobald sich dieselben gedruckt in den Händen der Mitglieder befinden.

Unter Aussetzung des ersten Gegenstandes der heutigen Tagesordnung erstattete hierauf der Abg. Hoffmann namens der Budgetkommission über den Nachtrag zum Budget des Großh. Finanzministeriums Tit. VIII, Zollverwaltung, Bericht. Der Kommissionsantrag auf Bewilligung der für die Erbauung einer Zollnieberlage

heim Hauptkammeramts Jahr angeforderten 30 000 M. wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Berathung des Berichts der Kommission für Eisenbahnen und Straßen über den Gesetzentwurf, die Erbauung einer Bergthalbahn betr.; Berichterstatter Abg. Vogelbach.

Nach einer von dem Berichterstatter eingeleiteten Generaldiskussion, an welcher die Abgg. v. Stoesser, Fieser, Siander, Geßel, Beßinger und namens der Großh. Regierung Finanzminister Dr. Ellstätter sich beteiligten, wurde, da zu den einzelnen Paragraphen Niemand das Wort ergriff, der Gesetzentwurf mit dem von der Kommission eingeschalteten § 7 in namentlicher Abstimmung mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Fünf Mitglieder enthielten sich der Stimmabgabe. Demnächst wurde auf das Rezerat des Abg. Leip die Petition von 28 Gemeinden der Bezirke Neustadt, Donaueschingen, Bannsdorf, Freiburg und Breisach, sowie der Stadt, des Gewerbevereins und der Handelskammer Freiburg um Fortsetzung der Höllethalbahn über Löfingen nach Donaueschingen, dem Antrage der Kommission für Eisenbahnen und Straßen entsprechend, der Großh. Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

An der an diesen Gegenstand sich anschließenden Debatte beteiligten sich die Abgg. Pister, Kraft, Beßinger, Fieser, Kübler und Lamey, sowie von Seiten der Großh. Regierung Finanzminister Dr. Ellstätter.

Nach 1 Uhr wurde die Sitzung, über deren Verlauf ausführlicher Bericht nachfolgen wird, durch den Präsidenten geschlossen.

* Karlsruhe, 11. April. 41. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag, den 13. April, Vormittags 9 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung von Berichten der Kommission für Eisenbahnen und Straßen, und zwar: a. die Bitte des Gemeinderaths der Stadt Eppenheim um Erbauung einer Schmalspurbahn von Eppenheimmünster über Münchweier, Eppenheim u. nach Rheinau betr., Berichterstatter: Abg. Fieser; b. die Bitte einer Anzahl Gemeinden des westlichen Kaiserstuhl um Erbauung einer schmalspurigen Sekundärstrassenbahn am westlichen Kaiserstuhl betr., Berichterstatter: Abg. Müller v. R.; c. die Bitte der Gemeinde Lahm und Gen. um Herstellung einer Strassenbahn Eisen-Ottenheim zc. bis Reichenbach betr., Berichterstatter: Abg. Geßel; d. Staatsvertrag zwischen Baden und Württemberg, die Herstellung einer Eisenbahn von Schramberg nach Schiltach betr., Berichterstatter: Abg. Fieser.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 11. April.

* (Der Staatsanzeiger für das Großherzogthum Baden) Nr. 10 vom 11. April enthält: Militärische Dienstanordnungen

* (Spende.) Zu der am Charfreitag erhobenen Kollekte für Stipendien an Studierende der Theologie sind dem Herrn Hofprediger Dr. Selbings als Beiträger Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs fünfhundert Mark übermitteln worden.

* (Konzert.) Wie wir erfahren, soll demnächst im Museumssaal ein Konzert stattfinden, dessen Reinerträgnis zum Besten der Ueberschwemmten an der Oder, Weichsel und Elbe bestimmt ist. Es werden namentlich bedeutende auswärtige Künstler und Künstlerinnen in demselben mitwirken und es haben auch Frau Frieda Höck und Herr Harald von Mikowig von hier ihre Mitwirkung freundlichst zugesagt.

* Die hiesige Karl-Friedrichs-, Leopolds- und Sophien-Stiftung (Pfründnerhaus) veröffentlicht im „Tagblatt“ ihren Rechenschaftsbericht für 1887. Die Anstalt hat befamltlich den Zweck, älteren Personen ein ruhiges Heim und Verpflegung zu bieten. Sie nimmt zahlende Pfründner auf, hat verschiedene Freiplätze und gewährt auch außerhalb der letzteren bedürftigen Personen Aufnahme und Verpflegung zu sehr ermäßigten Sätzen soweit die Mittel der Anstalt solches zulassen. Das gesamte Stiftungsvermögen beträgt 786 631 M. Die Gesamteinnahme 56 627 M. — Wie der Verwaltungsrath darlegt, ist die Stiftung in Folge des Rückgangs der Zinsen und des Sinkens des Geldwerts bei dem Ausbleiben von entsprechenden Zuhaltungen an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, dergestalt, daß dieselbe schon wiederholt Aufnahmegegnisse gerade dringender Art ablehnen, bezw. auf unabsehbare Zeit zurücklegen mußte. Obwohl im Laufe noch einige Zimmer nicht belegt sind, können doch die Aufnahmestelle bedürftiger, schon lange angemeldeter Personen nicht berücksichtigt werden, weil weder Freiplätze verfügbar sind noch die Stiftung sonst ausreichende Mittel besitzt. Wenn letztere ihren Zweck im Sinne der hochberzigen Stifter erfüllen können, so müssen mit den wachsenden Bedürfnissen auch den Mitteln der Stiftung, mehr wie bisher, Zuläufe wieder zugeführt werden, und es wendet sich daher der Verwaltungsrath an alle Menschenfreunde mit der dringenden Bitte um Zuwendung von Zuhaltungen, Vermächtnissen und Schenkungen.

+ Heidelberg, 11. April. (Die Universitätsbibliothek) ist gestern wieder in den Besitz der Manesse'schen Liederhandschrift gelangt, welche seit dem 30jährigen Kriege schmerzlich vermisst worden mußte. Nachdem die Verhandlungen wegen Erwerbung der Handschrift zu einem befriedigenden Abschluß geführt hatten, wurde diese am 23. Februar in Paris an den deutschen Votschafter bestellt ausgefolgt und blieb vorläufig dort in Verwahr. Auf Antrag des Reichskanzlers hat Seine Majestät der Kaiser die Ueberweisung derselben an die Universitätsbibliothek in Heidelberg genehmigt und wurde die Handschrift gestern um 11 Uhr durch einen Feldjäger der Pariser Votschaft hier übergeben. Die Uebergabe erfolgte an den Oberbibliothekar, Professor Zangemeister, in Anwesenheit des Prorektors und des engeren Senats der Universität. Die Wiedererwerbung der kostbaren Handschrift, dieser wichtigsten und reichsten Quelle für die mitteldeutsche Poesie, dürfte in allen gebildeten Kreisen die lebhafteste Genugthuung hervorgerufen, und im bairischen Lande wird man Seine Majestät dem Kaiser den wärmsten Dank da-

für zollen, daß Allerhöchstdieselbe durch seine Munificenz die Heidelberger Universität wieder in den Besitz des kostbaren Beses gelangen ließ. Von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog ist dem Staatsminister Dr. Turban ein Schreiben des Kaisers mit dem höchsten Auftrage zur weiteren Eröffnung an die Universität Heidelberg zugegangen. Das Handschreiben hat folgenden Wortlaut:

Durchlauchtigster Fürst, freundlich geliebter Vetter, Bruder und Schwager! Eurer Königlichen Hoheit bin Ich in der angenehmen Lage, mittheilen zu können, daß sich der von Eurer Königlichen Hoheit beauftragte Erwerb der bisher im Besitze der Nationalbibliothek in Paris gewesenen sogenannten Manesse'schen Handschrift in der geplanten Weise vollzogen hat. In Erfüllung der Eurer Königlichen Hoheit von Meinem in Gott ruhenden Herrn Vater gemachten Zusage habe Ich bestimmt, daß die gedachte Handschrift, welche sich vorläufig in der Verwahrung des Votschafters Grafen von Meinern befindet, der Bibliotheca Palatina in Heidelberg, welche sich bisher mit einer Kopie der Handschrift begnügt hat, wieder zugeführt werde.

Indem Ich Meiner Freude über die Wiedererlangung des literarischen Kleinods hiermit Ausdruck gebe, verbleibe Ich mit herzlichster Liebe und unveränderlicher aufrichtiger Freundschaft

Eurer Königlichen Hoheit
freundwilliger Vetter, Bruder und Schwager
(gez.) Friedrich.

Charlottenburg, den 6. April 1888.

An des Großherzogs von Baden Königliche Hoheit.

* Freiburg, 10. April. (Kreisversammlung.) Die Versammlung wurde heute Nachmittag nach 1 Uhr von dem Kreis-hauptmann, Geh. Regierungsrath Stoesser, eröffnet.

Nachdem Oebersbürgermeister Schuster zum Vorsitzenden gewählt worden, erstattete der Vorsitzende des Kreisauschusses, Febr. v. Böcklin, den allgemeinen Geschäftsbericht für das Jahr 1887. In demselben widmet er seinem verstorbenen Vorgänger, Stadtrath Videl, ergebene Worte und beantragt eine Gebalts-erhöhung für mehrere Angehörte des Kreisauschusses. Der über die landwirtschaftliche Winterschule von Direktor Burghard erstattete Bericht beantragt die Genehmigung eines ordentlichen Beitrags von 3 700 M. und für Unterstützung armer Schüler und zur Beihilfe zum Besuch von Obh., Wein- und Vollerlehrkursen 300 M., was angenommen wird.

Ueber die Ausbildung von Arbeitsherrinnen berichtet Hauptmann a. D. Wagner, welcher meist gute Resultate konstatiert. Es werden wie früher 300 M. in den Vorschlag eingestellt. Für die Uhrmacher- und Schneiderschule Furzwangen werden je 5000 M. bewilligt; fobann 300 M. für unbemittelte Schüler der Baugewerkschule in Karlsruhe. Betreffs der Errichtung einer Haushaltungsschule im Kreise Freiburg (Berichterstatter: Direktor Burghard) wird beantragt, solche in Reiningen zu erstellen und dafür einen einmaligen Betrag von 5 000 M. und pro 1888/89 den Betrag von 1 600 M. zu genehmigen.

Der Betrag wird mit geringer Mehrheit angenommen. Für die Hebung der Rindviehzucht werden ohne Debatte verschiedene Anträge und Anforderungen des Kreisauschusses genehmigt. Zur Hebung der Viehzucht werden deren Förderung schöne Resultate aufweist, werden 6 000 M. bewilligt. Für die gegesliche Armenpflege des Kreises als Landarmenverband (Berichterstatter: Geh. Regierungsrath Müller) wird beantragt, den von der Staatskassa zu leistenden Pauschalbetrag mit 93 000 M. in Einnahme zu stellen, dagegen in Ausgabe zur Befreiung des Landarmenverbandes den gleichen Betrag mit 93 000 M. Der Antrag wird angenommen. Der Betrag über die Verpflegung von Augenkranken im Betrag von 4 200 M. wird genehmigt. Für die Armenkinderverpflege werden 45 600 M., wie im Vorjahre, bewilligt. Für die in Taubstummen-, Blinden- und anderen Anstalten untergebrachten Kinder werden 1 000 M. bewilligt.

Den Bericht über die Kreisplegeanstalt erstattet Febr. v. Böcklin. Derselbe erkennt der Verwaltung und besonders dem Direktor Dr. Eschbacher die höchste Anerkennung zu und betont insbesondere die bedeutenden Verbesserungen in der Verpflegung der Jügelinge. Es ergibt sich übrigens die Nothwendigkeit der Herstellung eines vierten Pavillons, für welchen 80 000 M. angefordert werden. Für diesen Fall soll ein Kapital in genanntem Betrag beschafft werden, das zu 4 Prozent zu verzinsen und spätestens innerhalb 42 Jahren zu tilgen sei. Der Antrag, der warme Unterstützung aus der Mitte der Versammlung findet, wird einstimmig angenommen. Für die Armenkolonie Ankenbusch werden unter lebhafter Anerkennung ihrer Thätigkeit 500 M. bewilligt. In Betreff der Errichtung von Naturalverpflegungsinstitutionen für arme Reisende werden keine bestimmten Anträge gestellt, weil die einzelnen Kreisversammlungen des Landes in ihren Ansichten verschiedener Meinung sind und die ganze Sache als eine völlig unferliche bezeichnet werden muß, bei welcher alle Erfahrungen noch fehlen. Nachdem noch zum Vollzug des Baunfallversicherungs-Gesetzes verschiedene Beträge ins Budget eingestellt waren, vertagte der Vorsitzende die Weiterverhandlung auf morgen Vormittag 10 Uhr.

* 7. April. (Hinrichtung.) Nach einer Bekanntmachung des Großherzogen Staatsanwalts ist, wie schon telegraphisch mitgeteilt, heute Vormittags 7 Uhr im Hofe des hiesigen Amtsgefängnisses an Karl Greiner, geboren in Konstanz, früher Metzger und Wirth in Zimmendingen, welcher am 19. November 1887 in letztgenanntem Orte seine Schwiegereltern ermordet, seine Frau, seinen Schwager und seine Schwägerin in mörderischer Absicht schwer verletzt hat und deshalb durch Urtheil des Schwurgerichtshofes hier vom 28. Januar d. J. wegen Mordes und Mordversuchs zum Tode verurtheilt wurde, die Todesstrafe mittels des Fallbeils durch den Wafsenmeister Burkart von Eudingen und zwei Gehilfen vollzogen worden.

Theater und Kunst.

—r. (Großherzogliches Hoftheater.) Als Fritz Marlow in Paul Lindau's Lustspiel: „Ein Erfolg“ gastirte gestern Abend Herr Akeremann vom Gölzinger Stadttheater, der bekannten Versuchsbühne Mosers, nachdem er sich am Abend zuvor unserem Publikum als Graf Dunois vorgestellt hatte. Herr Akeremann verfügt über schätzenswerthe äußere Eigenschaften, die ihm besonders als Dunois zu Ratten kamen: eine große, stattliche Erscheinung und ein Organ von Kraft und Umfang, das freilich zuweilen etwas gepreßt klingt. Seine Bewegungen sind aber gerundet, ungezwungen und von einer unlängbaren Robeßigkeit; für den Marlow fehlte jedoch die Reizhaftigkeit des Auftretens, die diesem übermüthigen Liebling der Muse eigen ist. Ein Marlow, der nicht einen frischen Humor, eine übermäthige Raune, eine harmlose Fröhlichkeit entwickelt, welcher man seine Don-

Juan-Manieren zu Gute halten kann, bringt die Rolle leicht um ihre sympathische Wirkung. Und diese Gefahr vermochte der Galt aus Gölzig nicht ganz zu vermeiden.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 11. April. Seine Majestät der Kaiser nahm heute Vormittag einen Vortrag des Generals v. Winterfeld entgegen. Mittags machte Allerhöchstdieselbe mit Ihrer Majestät der Kaiserin eine Spazierfahrt und empfing nach der Rückkehr von derselben den Besuch Ihrer Königlichen Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin von Baden, Hochwürde auch mit dem Kaiserpaar dinirten. Nachmittags um 3 Uhr konferierte der Kaiser mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck.

Berlin, 11. April. (Privattelegramm.) Die „Post“ erzählt, Ihre Königl. Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin von Baden würden in nächster Woche Berlin wieder verlassen; mit Hochwürde selbst würde auch Ihre Königl. Hoheit die Kronprinzessin von Schweden abreisen.

Berlin, 11. April. Der Fürstin Bismarck gingen anlässlich ihres heutigen Geburtsfestes von nah und fern aus allen Kreisen und in den mannigfaltigsten Formen Glückwünsche zu, die insgesammt die hohe Verehrung bezeugten, welche der Gemahlin des Reichskanzlers überall dargebracht wird.

Berlin, 11. April. Die „Post“ will wissen, daß die Absicht einer Verbindung des Prinzen Alexander von Battenberg mit einer Tochter des Kaisers jetzt als aufgegeben zu betrachten sei.

Augsburg, 11. April. Seit gestern herrscht hier kolossaler Schneefall, die Pferdebahn hat die Fahrten eingestellt, der Verkehr nach allen Richtungen ist gehemmt.

§§ Straßburg, 11. April. (Privattelegramm.) Nach einer Meldung aus Belfort sind daselbst am Sonntag Nachmittag zwei Freiburger und zwei Würzburger Studenten vom Pöbel schwer mißhandelt worden. Auch Soldaten sollen sich an der Mißhandlung beteiligt haben.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

Sammlung für die Wasserbeschädigten in Norddeutschland.

An Gaben sind weiter bei uns eingegangen: von der Gemeinde Sinsheim 603 M.; bei unserer Kassa in Gartenschlöchen: von Frau von B. 10 M., Frau B. v. M., Frau Hofkallmeister Sachs 6 M., R. v. M., Frau E. Küstl, geb. von Mollenbeck, 20 M., Frau L. von Mollenbeck 20 M., Geheimrath Harder 80 M., Oberstadthalmeister von Holzang, 40 M.; bei der Buchhandlung von C. K. und L. (zweite Lieferung) von S. S. 1 M. 50 Pf., G. v. M., Geh. Referendar Frey 20 M., Geh. Rath von Bräuer 4 M., Ungekannt 1 M., R. v. M. 5 M.; im Ganzen bis jetzt 3565 M. 80 Pf.

Verbindlichen Dank mit Bitte um weitere Gaben. Der Betrag von 3500 M. wurde an das Zentralkomitee für die Ueberschwemmten aller deutschen Landesheile in Berlin abgedandt. Karlsruhe, den 11. April 1888.

Bad. Frauenverein und Bad. Männerhilfsverein.

Für die Ueberschwemmten an der Oder, Weichsel und Elbe.

ist weiter bei uns eingegangen: von Ministerialrath Heß 20 M., Geh. Hofrath Dr. Schenk 20 M., L. Venz-Heymann in Bern 200 M., E. R. 3 M., B. 10 M., Frau M. Knittel 10 M., L. v. M., Raphael Wörmsler 10 M., zumal. 1491 M. 5 Pf. Zur Empfangnahme weiterer Geldbeiträge sind wir gerne bereit. Karlsruhe, den 11. April 1888.

Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 12. April. 40. Ab.-Vorh. Neu einstudirt: „Die zärtlichen Verwandten“, Lustspiel in 3 Akten von Adolrich Benedix. Anfang 6 1/2 Uhr.

Freitag, 13. April. 41. Ab.-Vorh.: „Der Widerspenstigen Zähmung“, komische Oper in 4 Akten, nach Schaffpeare's gleichnamigem Lustspiel, frei bearbeitet von J. S. Widmann. Musik von Herrn Gölz. Anfang 6 1/2 Uhr.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Table with 6 columns: Datum, Barom. um, Therm. in C., Wob. freist. in mm, Relative Feuchtigk. in %, Wind. (SW, NW, SE, etc.)

Wasserlauf des Rheins. Mainz, 11. April, Mgs., 4.20 m, gefallen 5 cm.

Ueberricht der Witterung. Ein barometrisches Minimum ist bei den Seeplätzen erschienen, einen Ausläufer südwärts nach Nordwest-Frankreich entsendend. Ueber Centraleuropa ist bei andauernd gleichmäßiger Luftdruckverteilung und schwacher Luftbewegung das Wetter kühl, trübe und vielfach nebelig. Am Nordfuß der Alpen fällt Schnee: München meldet 13 mm Niederschlag. In Deutschland liegt die Temperatur 3 bis 8 Grad unter dem Durchschnittswerte. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 11. April 1888.

Table with 3 columns: Stationen (Frankfurt, Mainz, Coblenz, etc.), Kurse (Staatpapiere, Wechsel, etc.), Werten.

Todesanzeige.
 N. 444. Heidelberg. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe Frau, Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin,
Ida, geb. Weis,
 nach längerem schweren Leiden heute früh 3 Uhr zu sich zu rufen.
 Heidelberg, 10. April 1888.
 Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
 Aug. Stolz, Oberamtsrichter.

Von Autoritäten empfohlen und seit 20 Jahren bewährt.
Loeflund's Malz-Extract
 diätetische Mittel.
 Eisen-Malz-Extract
 Chinin-Malz-Extract
 Kalk-Malz-Extract
 Leberthran-Malz-Extract
 acht., concentr., b. Husten, Heiserkeit, Brust- u. Lungen-Catarrh, Athemnoth etc. bei Bleichsucht und Blutarmuth.
 für nervenschwache Frauen.
 für knochenschwache Kinder u. Lungenleidende.
 für scrophulöse Personen.
 Zu haben in allen Apotheken, wobei stets zu verlangen: von Ed. Löflund, Stuttgart.

Deutscher Phönix, Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt am Main.
 M. 507.
 Summarische Bilanz per 31. Dezember 1887.

Activa.		Passiva.	
Eisa-Wechsel der Aktionäre	M. 7,542,850. —	Grund-Kapital	M. 9,428,580. —
Gesellschafts-Gebäude Lit. F. Nr. 76	" 295,323. 88	Gewinn-Reserve laut § 63 des rev. Statuts	" 942,857. 14
Inventory, abgeschrieben	" 3,911,685. 70	Prämien-Reserve	" 1,280,444. 94
Hypothekarische Anlagen	" 1,315,712. 56	Boraus empfangene Prämien für spätere Jahre	" 772,078. 03
Vorräthige Staatspapiere u. Effekten	" 235,600. —	Dividenden-Ergänzungs-Reserve	" 846,314. 22
Vorräthige Wechsel	" 340,000. —	Reserven für am 31. Dezember 1887 noch unregulirte Schäden	" 124,146. —
Baarer Cassa-Bestand	" 56,554. 20	Noch nicht erhobene Dividenden aus früheren Jahren	" 2,841. 47
Guthaben bei den General- u. Haupt-Agenturen	" 501,982. 11	Dividenden pro 1887	" 627,000. —
Borausbezahlte Provisionen auf die für spätere Jahre voraus empfangenen Prämien	" 23,162. 34	Guthaben der Rückversicherungs-Gesellschaften	" 159,365. 74
Laufende Zinsen von Hypotheken und Staatspapieren	" 37,993. 72	Sonstige Passiva (Salbi verschiedener Abrechnungen)	" 100,573. 28
Sonstige Activa (Salbi verschiedener Abrechnungen)	" 23,385. 31		
Summe	M. 14,284,200. 82	Summe	M. 14,284,200. 82

vd. Der Verwaltungsrath: von Heyder, Präsident.
 Die Direction: C. Laemmerhirt.

Ed. Printz, Karlsruhe.
 M. 450.2.
 Filialen in:
 Baden — Freiburg — Basel
 Stuttgart — Metz — Strassburg
 Mühlhausen.
 Hof-Kunstoffärberei und chemische Waschanstalt
 empfiehlt sich bei sorgfältiger, rascher und billigster Ausführung.

Kleiderfärberei für Damenkleider und Stoffe jeder Art. Möbelstoffe u. Pelüsch werden in soliden Farben gefärbt und lehtere auch bepreßt. Kessort-färberei für feidene Kleider und Popelines. Herrenkleider werden in „ganzem Zustande gefärbt“ und schön hergerichtet.	Chemische Wascherei von Damens und Herrengarderoben, Teppichen, Decken zc. Sammtgegenstände von Regen und Druck beschädigt, werden „unzerrennt“ wieder hergestellt. Wascherei und Färberei von Strauß- und Puschfedern. Tüllvorhänge werden sowohl gemaschen als auch crème gefärbt und fein appretirt.
---	--

Deutsche Militärdienst-Versicherungs-Anstalt in Hannover.
 Eltern von Söhnen unter 12 Jahren werden auf obige, 1878 errichtete, unter Oberaufsicht der Königl. Staatsregierung stehende Anstalt aufmerksam gemacht. — **Zweck derselben:** Wesentliche Verminderung der Kosten des ein- wie dreijährigen Dienstes für die betreffenden Eltern, Unterstützung von Berufssoldaten, Versorgung von Invaliden. Je früher der Beitritt erfolgt, desto niedriger die Prämie. Im Jahre 1886 wurden versichert 19,314 Knaben mit M. 21,600,000 Kapital — gegen 16,678 Knaben mit M. 18,425,000 Kapital im Jahre 1885. **Status Ende 1886:** Versicherungskapital: M. 71,500,000; Jahreserträge: M. 4,500,000; Garantiemittel: M. 10,000,000; Invalidenfonds: M. 88,000; Dividendenfonds: M. 423,000. Prospekt zc. unentgeltlich durch die Direction und die Vertreter. Inactive Offiziere, Beamte, Lehrer und angefehene Geschäftsmänner werden zur Uebernahme von Hauptagenturen gesucht. M. 511.

Rheinische Hypothekenbank in Mannheim.
 Das Verzeichniß der heute zur Rückzahlung verloosten 3 1/2 %, 4 % und 4 1/2 % igen Pfandbriefe und Communalobligationen, sowie die Restantenliste ist bei allen Pfandbriefvertriebsstellen erhältlich.
 Mannheim, 28. März 1888.
 M. 445.2. Die Direction.

Deutscher Phönix, Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt am Main.
 Die für das Jahr 1887 ausgegebenen Dividenden-Scheine der Aktien des Deutschen Phönix werden für jeden Coupon:
 von Lit. A. mit 114 Mark,
 B. 57
 an jedem Werktag in den Vormittagsstunden von 9 bis 11 Uhr an der Gesellschafts-Kasse (Kleiner Hirschgraben 14) dahier, oder bei der Section des Deutschen Phönix in Karlsruhe eingelöst.
 Frankfurt a. M., den 10. April 1888. M. 508.

Stellegefuch.
 N. 446. Ein verbeiratheter Mann, Anfangs der 30er, mit schöner Handschrift, der unterdeß als Buchbinder selbständig arbeitet, sucht hier oder in der Umgegend Stelle als Comptoir-dienner, Magazinier, Portier zc. in einer Fabrik, wo er sich eventuell auch in seiner Branche nützlich machen könnte.
 Gest. Offerten unter H. W. 40 postlagernd Heilbronn erbeten.
Für höhere Beamte oder Pensionäre hüblche Wohnung
 (1 Etage, 10 Zimmer, schöne und gesunde Lage) mit Garten, in der Nähe v. Karlsruhe, sofort od. später auf längere Zeit zu vermiechen. Das Nähere bei der Expedition dieses Blattes. M. 481.4.

Gesucht
 wird auf 1. Juni oder später ein durchaus solider junger Mann, welcher in Hausarbeit gründlich erfahren, wödmögl. auch etwas von Gartenarbeit versteht, als Diener. Bevorzugt werden Solche, die bereits gedient und als Offiziers-bursche in Stellung waren. Nur Solche mit guten Empfehlungen mögen ihre Offerten in der Exped. des Blattes unter Chiffre F. L. 12 abgeben. M. 445.1.

Stellegefuch.
 N. 447. Ein tüchtiger, verbeiratheter Buchbinder und Cartonarbeiter sucht hier oder auswärtig Stelle. Auch ist derselbe im Cigaretten schneiden bewandert. Offerten erbeten unter A. Z. postlagernd Heilbronn.

Frankfurter Rückversicherungs-Gesellschaft.
 Die für das Jahr 1887 ausgegebenen Zins- und Dividende-Coupons der Aktien der Frankfurter Rückversicherungs-Gesellschaft werden mit M. 4. 50 für jeden Coupon an jedem Werktag in den Vormittagsstunden von 9 bis 11 Uhr an der Gesellschafts-Kasse (Kleiner Hirschgraben 14) dahier, oder bei der Section des Deutschen Phönix in Karlsruhe eingelöst.
 Frankfurt a. M., den 10. April 1888. M. 509.
 Der Verwaltungsrath.

J. Stüber
 Betten-Fabrik & Ausstattungs-Geschäft
 Karlsruhe
 20 Karl-Friedrichstraße 20
 Specialität:
 Vollständige Betten
 jeder Art
 und Preislage.



Red Star Line
 Rothe Stern Linie
 Königl. Belg. Postdampfer von
Antwerpen
 nach
Philadelpia
 nach
New York
 schnelle Fahrten, gute Verpflegung, billigste Preise.
 Auskunft ertheilen:
 von der Becks & Marsilly, Antwerpen, Jah. Felstenberger, Marienstr. 17
 L. Ph. Dressel, 76 Zähringerstr.
 W. Gutekunst, Akademiestrasse 15
 Bruno Kossmann, Zirkel 24
 B. Konrad, Steinstrasse 2
 Carl Barthold, Adlerstrasse 19
 Karlsruhe, G. 573.15.

botenen (vergl. Reichsanz. Nr. 80) „Pessischen Bürgerzeitung“ in und die gleichen Tendenzen verfolgt, sowie das fernere Erscheinen des „Pessischen Volksfreunds“ (Reichsanzeiger Nr. 88).
 4. Von der Polizeibehörde in Hamburg unterm 4. d. M. die Nr. 49 vom 1. April 1888 des 2. Jahrgangs der periodischen Druckschrift: „Der neue Bauhandwerker“, Redaktion und Verlag von A. Bitter, Druck von J. D. W. Dieb in Hamburg (Reichsanzeiger Nr. 90).
 Karlsruhe, den 9. April 1888.
 Großh. Ministerium des Innern.
 Der Ministerialdirektor:
 Eisenlohr.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 M. 483.2. Nr. 2295. Freiburg.
Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Für die Brückenumbauten auf der Bahnhofs-Eisenbahn-Kreuzung soll die Lieferung von 86 qm 6 cm starker forlener Giebelstübe vergeben werden.
 Auftragende wollen ihre Angebote schriftlich und mit entsprechender Aufschrift versehen bis längstens **Samstag den 14. April d. J., Morgens 10 Uhr,** zu welcher Zeit die Submissionseröffnung stattfindet, auf dem Geschäftszimmer des Unterzeichneten einreichen, woselbst auch die Lieferungsbedingungen zur Einsicht aufliegen.
 Freiburg, den 7. April 1888.
 Der Groß. Bahnbau-Inspektor.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 M. 504.1. Karlsruhe.
Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Mit höherer Ermächtigung vergeben wir im Submissionsweg die Lieferung von **Radreifen**, und zwar:
 222 Stück aus Tiegelgussstahl, 100 „ „ Martinstahl, 650 „ „ Feinstorn oder Flug-eisen.
 Angebote sind schriftlich, verschlossen und mit der Aufschrift „Radreifen“ versehen längstens bis **Freitag den 20. April d. J., Vormittags 11 Uhr,** bei uns einzureichen.
 Die Lieferungsbedingungen werden auf portofreie Anfrage von uns abgegeben.
 Karlsruhe, den 9. April 1888.
 Gr. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.
 M. 498. Karlsruhe.

Steinkohlenlieferung.
 Die Lieferung des für die Amtsstellenverwaltung während der Bedarfsperiode, 1. Juli 1888 bis 31. März 1889, erforderlichen Steinkohlenquantums — ungefähr 10000 Zentner — soll im Submissionsweg vergeben werden.
 Angebote hierauf sind spätestens bis **Samstag den 21. April d. J.,** bei Sr. Amtsstelle Mannheim einzureichen.
 Die Lieferungsbedingungen können bei der genannten Amtsstelle, sowie auf der diesseitigen Registratur eingesehen werden.
 Karlsruhe, den 4. April 1888.
 Großh. Verwaltungshof.
 (Mit einer Beilage.)